

# Der deutsche Neo-Merkantilismus im europäischen Kontext

Eckhard Hein und Achim Truger

## Einleitung

Nach fünfjähriger Stagnation hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2006 einen unerwartet kräftigen Aufschwung erlebt, der sich in diesem Jahr, wenn auch etwas abgeschwächt, fortsetzen wird (Hohlfeld 2007). Im internationalen Vergleich wächst die Wirtschaft damit wieder in etwa mit dem Tempo des gesamten Euroraums und der Europäischen Union (EU) vor der Erweiterung, nachdem sie sich seit Mitte der 1990er Jahre erheblich schlechter entwickelt hatte (vgl. ausführlich Hein/Truger 2005a, 2005b, 2007a). Deutschland hat daher die Position des Schlusslichts im Euroraum wieder abgegeben. Aber sind hiermit all die damit verbundenen Probleme für die deutsche und die europäische Wirtschaft gelöst?

In Deutschland scheint es in Politik, Medien und Wissenschaft einen breiten Konsens darüber zu geben, dass der Aufschwung ein Ergebnis der in der Vergangenheit praktizierten Politik der »strukturellen Reformen« ist. Es besteht lediglich Uneinigkeit darüber, wie viel davon der gegenwärtigen Regierung und wie viel ihrer rot-grünen Vorgängerin zuzurechnen ist. Es wird deshalb gemahnt, mit den Reformanstrengungen nicht nachzulassen, um die Früchte der vergangenen Anstrengungen und Einschränkungen nicht zu gefährden (SVR 2006, Institute 2007). Diese Sichtweise ist erstaunlich, weil sie nicht danach fragt, warum denn die Wirtschaft in Deutschland fünf Jahre lang mehr oder minder stagnierte, während der Großteil des Euroraums, aber auch so unterschiedliche Länder wie Großbritannien, Schweden und die USA sich nach dem Wachstumseinbruch 2000/2001 sehr schnell wieder erholt haben und deutliche höhere Wachstumsraten und geringere Arbeitslosenquoten als Deutschland aufwiesen.<sup>1</sup> Und eine solche Sichtweise ist gefährlich, weil eine Fortsetzung der Politik »struktureller Reformen« – selbst mit geringerem Tempo – droht, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa erneut zu belasten. Sie wird zumindest nicht dazu beitragen, die in den vergangenen Jahren durch die deutsche Wirtschaftspolitik aufgebauten Ungleichgewichte im Euroraum zurück zu führen. Der deutsche Neo-Merkantilismus droht damit zu einem Sprengsatz der Europäischen Währungsunion zu werden.

## Deutschlands Stagnation seit Mitte der 1990er Jahre

Nach Vereinigungsboom und -rezession zu Beginn der 1990er Jahre blieb das Wirtschaftswachstum in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre, d. h. seit den verstärkten Bemühungen, die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erfüllen, hinter dem Durchschnitt des zukünftigen Euroraums zurück. Das größte Mitgliedsland der Währungsunion trug so auch erheblich dazu bei, dass das Wachstum im Euroraum deutlich unter dem in

den USA, einem ähnlich großen Währungsraum, lag (Tabelle 1). Im Vergleich zum Durchschnitt des Euroraums und zu den USA war Deutschland dann auch durch den Wachstumseinbruch 2000/2001 besonders stark betroffen.

**Tabelle 1: Reales BIP-Wachstum, Wachstumsbeiträge der Nachfrageaggregate, Arbeitslosigkeit und Inflationsrate in Deutschland, dem Euroraum und den USA, Durchschnittswerte für 1996–2000 und 2001–2005**

	Deutschland		Euroraum		USA	
	1996–2000	2001–2005	1996–2000	2001–2005	1996–2000	2001–2005
Reales BIP, jährliche Wachstumsrate, Prozent	2,0	0,6	2,7	1,4	4,1	2,4
Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage inkl. Lagerveränderungen, Prozentpunkte	1,7	-0,3	2,7	1,3	4,8	2,9
Wachstumsbeitrag des privaten Konsums, Prozentpunkte	1,0	0,1	1,5	0,8	3,0	2,2
Wachstumsbeitrag des Staatskonsums, Prozentpunkte	0,3	0,1	0,3	0,4	0,3	0,4
Wachstumsbeitrag der Anlageinvestitionen, Prozentpunkte	0,5	-0,4	0,9	0,2	1,5	0,3
Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags, Prozentpunkte	0,3	0,9	0,1	0,1	-0,7	-0,4
Beschäftigung, jährlicher Anstieg, Prozent	0,8	-0,2	1,5	0,9	2,0	0,7
Arbeitslosenquote, Prozent	8,3	8,7	9,7	8,4	4,6	5,4
Inflationsrate <sup>1)</sup> , Prozent	1,1	1,6	1,7	2,2	2,5	2,6

Anmerkungen: <sup>1)</sup> Deutschland und Euroraum: Harmonisierter Verbraucher Preis Index (HVPI), USA: nationaler Verbraucher Preis Index (VPI)

Quellen: Europäische Kommission (2007), eigene Berechnungen

Anders als im Euroraum insgesamt wurde das schwache deutsche Wachstum seit 2001 ausschließlich vom Exportüberschuss getragen, nachdem es sich von 1996 bis 2000 noch erheblich auf die Inlandsnachfrage stützen konnte. Der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage blieb im Durchschnitt von 2001 bis 2005 negativ. Insgesamt zeichnete sich die deutsche Wirtschaft also seit 2001 durch eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit einerseits und eine erhebliche Binnennachfrageschwäche andererseits aus. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg wegen der Wachstumsschwäche über den Durchschnitt des Euroraums, der deutlich von den USA unterboten wird. Die deutsche Inflationsrate hat sich erheblich unterhalb des Euroraum-Durchschnitts eingependelt, der wiederum geringer ist als die Inflationsrate in den USA.

### Reformstau oder makroökonomische Fehlsteuerung?

Für die meisten deutschen Ökonomen ist die Erklärung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme klar und einfach: Rigide und überregulierte Arbeitsmärkte so-

**Tabelle 2: Indikatoren für Geld- und Lohnpolitik in Deutschland, dem Euroraum und den USA, Durchschnitt 1996–2000 und 2001–2005**

	Deutschland		Euroraum		USA	
	1996–2000	2001–2005	1996–2000	2001–2005	1996–2000	2001–2005
<b>Geldpolitik</b>						
Kurzfristiger Realzinssatz, Prozent	2,4	1,2	2,5	0,6	3,3	-0,2
Langfristiger Realzinssatz, Prozent	4,2	2,6	3,9	2,1	3,5	1,9
Kurzfristiger Realzinssatz minus reales BIP-Wachstum, Prozentpunkte	0,4	0,6	-0,2	-0,7	-0,9	-2,6
Langfristiger Realzinssatz minus reales BIP-Wachstum, Prozentpunkte	2,2	2,0	1,2	0,7	-0,6	-0,5
<b>Lohnpolitik</b>						
Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer, jährliche Veränderung, Prozent	2,4	1,7	2,1	2,5	4,3	3,6
Nominale Lohnstückkosten, jährliche Veränderung, Prozent	0,1	0,3	0,8	1,7	2,2	1,5
Arbeitseinkommensquote <sup>1)</sup> , Prozent	65,6	65,0	65,8	64,9	67,2	67,0
Veränderung der Arbeitseinkommensquote zum Vorjahr, Prozentpunkte	0,0	-0,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,6
<b>Wechselkurs, Offenheitsgrad, Exportüberschuss</b>						
Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses relativ zu 35 Industrieländern, Prozent	-1,5	2,0	-1,3	3,6	5,2	-2,6
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses relativ zu 35 Industrieländern, Prozent	-4,4	0,1	-5,5	2,7	4,3	-3,0
Anteil der realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen am realen BIP, Prozent	29,1	38,6	-	-	10,8	10,4
Anteil der realen Importe von Gütern und Dienstleistungen am realen BIP, Prozent	29,1	34,9	-	-	13,1	15,4
Exportüberschuss (Güter und Dienstleistungen), Anteil am realen BIP, Prozent	0,0	3,7	1,0	1,4	-2,3	-5,0

Anmerkungen: <sup>1)</sup>Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer dividiert durch BIP zu Faktorkosten pro Erwerbstätigen

Quellen: Europäische Kommission (2007), eigene Berechnungen

wie beschäftigungsfeindliche soziale Sicherungssysteme seien für die deutsche Krise verantwortlich gewesen.<sup>2</sup> Diese, auf einem einfachen neoklassischen Arbeitsmarktmodell basierende Sichtweise, ist jedoch weder theoretisch noch allgemein empirisch überzeugend, und sie passt auch nicht zur deutschen Entwicklung, wie wir an anderer Stelle ausführlich begründet haben (Hein/Truger 2005a, 2005b, 2007a).<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund fällt es daher schwer, die deutschen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme auf übermäßig rigide Arbeitsmärkte und einen Mangel an strukturellen Reformen zurückzuführen. Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche kann unseres Erachtens daher überzeugender durch einen unzureichenden Einsatz der makroökonomischen Instrumente, d. h. der Geld-, Lohn- und Finanzpolitik, begründet werden.

### **Restriktive Wirkungen der Geldpolitik**

Durch die Europäische Währungsunion hat Deutschland 1999 den Status eines regionalen Leitwährungslandes im Europäischen Währungssystem und die damit verbundenen Zinsvorteile verloren. Da die Nominalzinsen sich seit 1999 angeglichen haben, die Inflationsrate in Deutschland jedoch systematisch unter dem Euroraum-Durchschnitt liegt, weist Deutschland mittlerweile sogar deutlich höhere Realzinsen als der Rest des Euroraums auf (Tabelle 2). Und während der kurzfristige Realzins im Euroraum im Zeitraum 2001-2005 positiv blieb, setzte die Federal Reserve in den USA einen negativen kurzfristigen Realzins durch. Diese expansive Geldpolitik trug zu der raschen Erholung der US-Ökonomie nach dem Wachstumseinbruch 2000/2001 bei. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sehr viel zögerlicher und weniger deutlich auf den Wachstumseinbruch reagiert und dadurch zu dem schwachen Wachstum im Euroraum und insbesondere in Deutschland seit 2001 beigetragen.<sup>4</sup> Während die Differenz zwischen kurzfristigem Realzins und realem BIP-Wachstum, als Indikator für die Wachstumsorientierung der Geldpolitik, im Durchschnitt der Jahre 2001-2005 im Euroraum immerhin noch leicht negativ war, blieb sie in Deutschland positiv.

Die deutsche Wirtschaft hatte also nicht nur unter dem mit der Währungsunion verbundenen Verlust des Zinsvorteils zu leiden, sondern war seit 1999 besonders von der wenig wachstumsfreundlichen Politik der EZB betroffen. Deutschlands schlechte Performance von 2001 bis 2005 kann jedoch nur zum Teil der EZB angelastet werden, denn in einer Währungsunion kann die Geldpolitik nur die durchschnittliche Inflations- und BIP-Entwicklung berücksichtigen, aber eben nicht gezielt die besondere Situation eines einzelnen Landes.

### **Pro-zyklische Finanzpolitik**

Da die EZB weder willens noch in der Lage war, die deutsche Wirtschaft nach 2000 zu stabilisieren, hätte die deutsche Finanzpolitik dem makroökonomischen Schock entgegen wirken müssen. Sie versuchte jedoch stattdessen pro-zyklisch den Haushalt zu konsolidieren und verschlimmerte dadurch die Krise. Zur Analyse der Ausrichtung der Finanzpolitik lehnen wir uns an das IMK-Ausgabenpfadkonzept (vgl. Horn/Truger 2005 sowie Hein/Truger 2006a und 2006b) an. Demnach ist die Finanzpolitik neutral, wenn die konjunkturunabhängigen, d. h. vom Staat weitgehend autonom festsetzbaren Ausgaben (Staatskonsum, öffentliche Investitionen, Subventionen) mit der gleichen Rate wie das nominale Trend-BIP wachsen. Der nominale BIP-Trend gibt damit den Ausgabenpfad vor.<sup>5</sup> Die konjunkturabhängigen Ausgaben (Sozial-

transfers) und das Aufkommen aus Steuern und Sozialabgaben können dagegen je nach Konjunkturlage um den Ausgabenpfad schwanken, d. h. die automatischen Stabilisatoren können voll wirken.

So gemessen haben alle betrachteten Wirtschaftsräume von 1996 bis 2000 eine restriktive Finanzpolitik betrieben (Tabelle 3): Überall lag die Wachstumsrate der konjunkturunabhängigen Staatsausgaben unter dem Ausgabenpfad. Bemerkenswert ist dann jedoch die völlig unterschiedliche Reaktion auf den konjunkturellen Abschwung nach 2000. In den USA wechselte die Finanzpolitik antizyklisch von Restriktion auf Expansion: Die konjunkturunabhängigen Staatsausgaben wurden deutlich über den Ausgabenpfad angehoben, und die Sozialtransfers wuchsen konjunkturbedingt stark an. Im Euroraum war – wenn schon kein Wechsel zu antizyklischer Expansion – so doch immerhin eine Abschwächung der Restriktion zu erkennen; die konjunkturunabhängigen Ausgaben näherten sich dem Ausgabenpfad an.

Die deutsche Finanzpolitik verschärfte dagegen prozyklisch ihren Restriktionskurs (vgl. ausführlich IMK 2006, S. 23 ff.). Die konjunkturunabhängigen Staatsausgaben wurden weiter zurückgefahren und wuchsen nominal kaum noch. Besonders die öffentlichen Investitionen schrumpften dramatisch. Selbst das Wachstum der Sozialtransfers ging zurück. Zwar wurden große Steuersenkungen umgesetzt, deren Ausmaß und Wirkung wurde jedoch von der ausgabenseitigen Restriktion deutlich übertroffen.

**Tabelle 3: Nominales BIP, ausgewählte Komponenten der nominalen gesamtstaatlichen Ausgaben und nominale Gesamteinnahmen in Deutschland, dem Euroraum und den USA, durchschnittliches jährliches Wachstum 1996 bis 2000 und 2001 bis 2005, in Prozent**

	1996–2000			2001–2005		
	Deutschland	Euroraum	USA	Deutschland	Euroraum	USA
<b>Referenzwert für Ausgabenpfad (Durchschnitt des nominalen BIP-Wachstums von 1996 bis 2005)</b>	<b>1,9</b>	<b>3,8</b>	<b>5,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,8</b>	<b>5,4</b>
Nominales BIP	2,2	4,0	5,9	1,7	3,6	4,9
<b>Staatsausgaben insgesamt<sup>1)</sup></b>	<b>1,9</b>	<b>2,6</b>	<b>4,1</b>	<b>1,3</b>	<b>3,7</b>	<b>6,3</b>
Staatskonsum	1,6	3,4	4,5	1,4	4,4	7,1
öffentliche Investitionen	-1,7	3,0	7,1	-3,9	3,5	4,9
Subventionen	-1,8	1,3	5,9	-5,1	0,2	8,1
<b>konjunkturunabhängige Staatsausgaben insgesamt</b>	<b>1,0</b>	<b>3,2</b>	<b>4,9</b>	<b>0,6</b>	<b>4,1</b>	<b>6,7</b>
monetäre Sozialleistungen	3,2	3,2	4,0	2,6	4,1	7,3
Zinszahlungen	0,2	-2,5	0,5	-0,9	-1,7	-0,6
<b>Staatseinnahmen insgesamt</b>	<b>2,8</b>	<b>4,3</b>	<b>7,1</b>	<b>0,4</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>

Anmerkung: <sup>1)</sup> bereinigt um UMTS-Versteigerungserlöse

Quellen: Europäische Kommission (2007), eigene Berechnungen

### Zu moderate Lohnentwicklung – ein Sprengsatz für den Euroraum

Die Lohnentwicklung, gemessen am Arbeitnehmerentgelt pro Arbeitnehmer, war in Deutschland verglichen mit dem Rest des Euroraums oder den USA von 2001-2005 besonders zurückhaltend (Tabelle 2). Das deutsche Lohnstückkostenwachstum lag folglich, wie schon seit Mitte der 1990er Jahre, deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt und war wesentlich für die unterdurchschnittliche Inflation verantwortlich. Seit 2004 ist das Lohnstückkostenwachstum sogar negativ, so dass von der Lohnentwicklung mittlerweile ein erhebliches Deflationsrisiko ausgeht, d. h. ein Risiko fallender Güterpreise und steigender realer Verschuldung insbesondere der Unternehmen mit entsprechenden negativen Effekten auf die Investitionen. In der Vergangenheit sind die Güterpreise nur deshalb nicht zurückgegangen, weil die Preise für importierte Energie sowie die staatlichen Gebühren und Steuern gestiegen sind und die Unternehmen ihre Gewinnmargen erhöhen konnten.

Eine im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche deutsche Lohnentwicklung dominierte zwar auch schon in langen Phasen vor der Währungsunion, war zu dieser Zeit aber die Grundlage für die deutsche Leitwährungsposition im EWS, die es der Deutschen Bundesbank erlaubte, erheblich geringere Nominal- und Realzinsen zu setzen (vgl. Hein/Truger 2005a, 2005b). In der Währungsunion hingegen wird die deutsche Lohnzurückhaltung als Grundlage für die unterdurchschnittliche Inflationsrate durch überdurchschnittliche Realzinsen bestraft.

**Tabelle 4: Leistungsbilanzsalden im Euroraum, in Prozent des BIP**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	0,0	2,0	2,0	4,3	4,6	5,1
Frankreich	2,0	1,3	0,8	0,1	-1,2	-1,2
Italien	-0,1	-0,8	-1,3	-0,9	-1,6	-2,4
Spanien	-3,9	-3,3	-3,5	-5,3	-7,4	-8,7
Österreich	-1,8	0,3	-0,2	1,7	2,1	3,2
Belgien	3,4	4,6	4,1	3,5	2,6	2,0
Finnland	9,6	10,1	6,4	7,8	5,1	5,8
Griechenland	-6,3	-5,9	-5,7	-5,0	-6,3	-9,7
Irland	-0,6	-1,0	0,0	-0,6	-2,6	-3,3
Niederlande	2,4	2,5	5,5	8,5	7,7	9,0
Portugal	-9,9	-8,1	-6,1	-7,7	-9,7	-9,4
Luxemburg	8,8	11,6	8,0	11,8	11,1	10,6
Euroraum	0,1	0,7	0,5	1,1	0,3	0,1

Quelle: OECD (2007)

Die moderate Lohnentwicklung in Deutschland trug auch zu einem verstärkten Rückgang der Arbeitseinkommensquote bei. Zusammen mit der allgemeinen Verunsicherung, die durch die Politik der Strukturreformen erzeugt wurde, war die massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer der wesentliche Grund der allseits

beklagten Konsum- und Binnennachfrageschwäche. Auch im Euroraum insgesamt setzte sich in den 1990er Jahren der Trend fallender Arbeitseinkommensquoten fort, allerdings seit 2001 mit einem geringeren Tempo als in Deutschland. In den USA hingegen konnte die Tendenz fallender Arbeitseinkommensquoten in den 1990er Jahren aufgehalten werden, so dass diese Quote mittlerweile etwa zwei Prozentpunkte über der im Euroraum oder in Deutschland liegt.

Die Lohnzurückhaltung in Deutschland hat jedoch auch die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen deutlich verbessert und die nominale Aufwertung des Euros seit 2001 fast vollständig kompensiert (Tabelle 2). Der Anteil der Exportüberschüsse bei Gütern und Dienstleistungen stieg seit 2000 von einer leicht negativen Bilanz kontinuierlich auf knapp 5% des BIP an und lag im Durchschnitt der Jahre 2001 – 2005 bei 3,7% des BIP. Allerdings reichten diese Exporterfolge nicht aus, um die Binnennachfrageschwäche zu kompensieren.<sup>6</sup>

Da über 40% der deutschen Exporte in den Euroraum gehen, stehen den steigenden deutschen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen ansteigende Leistungsbilanzdefizite, oder rückläufige Überschüsse, der Partnerländer in der Währungsunion gegenüber (Tabelle 4). Da sich die anderen Länder nicht mehr, wie vor der Währungsunion, durch eine nominale Abwertung wehren können, geraten sie zunehmend unter Druck, ebenfalls eine Nachfrage dämpfende Politik zu verfolgen, um das Lohnwachstum zu reduzieren und hierdurch ihre Wettbewerbsposition zu verteidigen. Die von der Lohnentwicklung ausgehenden latenten Deflationsrisiken in Deutschland drohen daher zunehmend auf den Euroraum auszustrahlen und in der nächsten Rezession zu einem akuten Problem zu werden. Die deutsche Lohnentwicklung hat sich damit zu einem gefährlichen Sprengsatz für die Währungsunion entwickelt.

### **Fazit: Der deutsche Neo-Merkantilismus als deutsches und europäisches Problem**

Für schwaches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist ein unübersehbares makroökonomisches Missmanagement verantwortlich, welches teilweise durch die europäische Ebene (EZB, Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)) verursacht wurde, teilweise hausgemacht ist. Dass es 2006 zu einem Aufschwung gekommen ist und sich die fünfjährige Stagnation nicht weiter fortsetzte, ist auf die Reformpause und auf die weniger dämpfende Ausrichtung der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr zurückzuführen. Die neo-merkantilistische deutsche Politik, d. h. die Politik der Lohnzurückhaltung und der Binnennachfrageschwächung hat dabei nicht nur Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beeinträchtigt sondern auch erhebliche Ungleichgewichte im Euroraum verursacht. Die deutsche Wirtschaftspolitik bleibt daher aufgefordert, endlich einen angemessenen Politik-Mix für die größte Volkswirtschaft des Euroraums anzustreben. Dazu gehört erstens eine im Euroraum koordinierte Lohnentwicklung, die den Verteilungsspielraum aus mittelfristigem nationalen Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate der EZB jeweils ausschöpft. Um die bestehenden Ungleichgewichte abzubauen, wäre für eine Übergangsphase eine Überausschöpfung dieses Spielraums in Deutschland und anderen Ländern mit deutlichen Leistungsbilanzüberschüssen bei gleichzeitiger kompensatorischer Unterausschöpfung in Ländern mit erheblichen Leistungsbilanzdefiziten erforderlich. Zweitens sollte die Fiskalpolitik die Spielräume des reformierten SWP zur Stabili-

sierung der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen und insbesondere die öffentlichen Investitionen deutlich erhöhen. Und drittens sollte auch die EZB immer wieder in die Pflicht genommen werden, Wachstum und Beschäftigung durch eine expansivere Geldpolitik zu fördern, wenn keine Gefährdungen für die Preisstabilität vorliegen. Sie sollte zudem durch eine Erhöhung des Inflationsziels die Spielräume für einen Abbau der bestehenden Ungleichgewichte erweitern, so dass es nicht zu Deflationsgefahren in größeren Teilen der Währungsunion kommt.

## Literatur

- Baker, D./ Glyn, A./ Howell, D. R./ Schmitt, J. (2005) Labor market institutions and unemployment: a critical assessment of the cross-country evidence, in: Howell, D. R. (Hg.), *Fighting Unemployment. The Limits of the Free Market Orthodoxy*, Oxford.
- Deutsche Bundesbank (2003) *Wege aus der Krise – Wirtschaftspolitische Denkanstöße für Deutschland*, Frankfurt.
- Europäische Kommission (2002) *Germany's growth performance in the 1990's*, Economic Paper Nr. 170, Mai 2002, Brüssel.
- Europäische Kommission (2007) *Annual macro-economic database (AMECO)*, Mai 2007, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/indicators/annual\\_macro\\_economic\\_database/ameco\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_en.htm) (30. 7. 2007).
- Hein, E./ Horn, G./ Tober, S./ Truger, A. (2005) Eine gesamtwirtschaftliche Politikstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, in: *WSI Mitteilungen*, 58. Jg., S. 411-418.
- Hein, E./ Menz, J.-O./ Truger, A. (2006) *Warum bleibt Deutschland hinter Schweden und dem Vereinigten Königreich zurück? Makroökonomische Politik erklärt den Unterschied*, IMK Report, Nr. 15/2006, Düsseldorf, November 2007.
- Hein, E./ Truger, A. (2005a) *What ever happened to Germany? Is the decline of the former European key currency country caused by structural sclerosis or by macroeconomic mismanagement?*, in: *International Review of Applied Economics*, Vol. 19, S. 3-28.
- Hein, E./ Truger, A. (2005b) *A different view of Germany's stagnation*, in: *Challenge*, Vol. 48 (6), S. 64-94.
- Hein, E./ Truger, A. (2006a) *Europäische Finanzpolitik: Ausgabenpfade als konjunkturgerechte Alternative zum Stabilitäts- und Wachstumspakt*, IMK Report Nr. 10, Düsseldorf, Mai 2006.
- Hein, E./ Truger, A. (2006b) *Fiscal policy and macroeconomic performance in the Euro area – lessons for the future*, IMK Working Paper, 7/2006, Düsseldorf.
- Hein, E./ Truger, A. (2007a) *Germany's post-2000 stagnation in the European context – a lesson in macroeconomic mismanagement*, in: P. Arestis/ E. Hein/ E. Le Heron, (Hg.) *Aspects of Modern Monetary and Macroeconomic Policies*, Basingstoke, S. 223-247.
- Hein, E./ Truger, A. (2007b) *Monetary policy, macroeconomic policy mix and economic performance in the Euro area*, in: Hein, E./ Truger, A. (Hg.) *Money, Distribution and Economic Policy. Alternatives to Orthodox Macroeconomics*, Cheltenham, S. 216-243.
- Hein, E./ Vogel, L. (2007) *Distribution and growth reconsidered – empirical results for Austria, France, Germany, the Netherlands, the UK and the USA*, IMK Working Paper 3/2007, Düsseldorf.
- Hohlfeld, P. (2007) *Aufschwung wird schwächer. Prognose-Update: Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2007*, IMK Report, Nr. 21/2007, Düsseldorf, Juli 2007.
- Horn, G./ Truger, A. (2005) *Strategien zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte*, in: *WSI Mitteilungen*, 58. Jg., S. 425-432.
- IMK (2006) *Wirtschaftliche Entwicklung 2006 und 2007*, IMK Report Nr. 9/2006 Düsseldorf, April 2006.
- Institute (2005) *Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005*, Berlin.
- Institute (2007) *Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007*, Berlin.

- Mabbett, D./ Schelkle, W. (2005) Bringing macroeconomics back into the political economy of reform: the Lisbon Agenda and the 'fiscal philosophy' of EMU, 2005, <http://eprints.bbk.ac.uk/archive/00000259/01/BringingMacroeconomicsBackIn.pdf> (8.2.2007).
- OECD (1994) The OECD Jobs Study: Evidence and Explanations, Paris.
- OECD (2004) Economic Survey – Germany 2004, Paris.
- OECD (2006) OECD Employment Outlook: Boosting Jobs and Incomes – Policy Lessons from Reassessing the OECD Jobs Study, Paris.
- OECD (2007) Economic Outlook, No. 81, Annex tables, [http://www.oecd.org/document/61/0,2340,en\\_2825\\_32066506\\_2483901\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/61/0,2340,en_2825_32066506_2483901_1_1_1_1,00.html) (30.7.2007).
- Schettkat, R. (2003) Institutions in the economic fitness landscape: What impact do welfare state institutions have on economic performance?, IZA Discussion Paper No. 696, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Siebert, H. (1997) Labor market rigidities: at the root of unemployment in Europe, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 11, S. 37-54.
- Stockhammer, E./ Onaran, Ö./ Ederer, S. (2007) Functional income distribution and aggregate demand in the Euro area, Working Paper No. 102, Vienna University of Economics and Business Administration, Department of Economics Working Paper Series.
- SVR (2005) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Die Chance nutzen – Reformen mutig vorantreiben, Jahresgutachten 2005/2006, Wiesbaden.
- SVR (2006) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen, Jahresgutachten 2006/2007, Wiesbaden.

## Anmerkungen

- 1 Zu einem Vergleich Deutschlands mit Großbritannien und Schweden vgl. Hein/ Menz/ Truger (2006).
- 2 Vgl. exemplarisch zu den theoretischen Grundlagen Siebert (1997) und zu den entsprechenden Analysen und Politikempfehlungen für Deutschland: Deutsche Bundesbank (2003), Europäische Kommission (2002), Institute (2005), OECD (2004) und SVR (2005).
- 3 Vgl. z. B. Schettkat (2003) und Baker/ Glyn/ Howell/ Schmitt (2005) zu einer Kritik an den theoretischen und empirischen Grundlagen dieser Sichtweise. Wir haben auf der Grundlage des üblicherweise verwendeten Datensatzes für Arbeitsmarktinstitutionen und soziale Sicherungssysteme (Ausmaß des Kündigungsschutzes, Lohnersatzleistungsquote, Lohnersatzleistungsdauer, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Koordinationsgrad der Lohnverhandlungen, Steuer- und Abgabenkeil) gezeigt, dass sich diese in Deutschland seit dem Zurückbleiben von Wachstum und Beschäftigung Mitte der 1990er Jahre weder absolut noch relativ im Vergleich zur EU, EWU oder den OECD-Staaten verschlechtert haben. Zum anderen haben Mabbett/ Schelkle (2005) sowie insbesondere die OECD (2006) in ihrem jüngsten *Reassessment* der *Jobs Strategy* (OECD 1994) Deutschland für den Zeitraum von 1995 bis 2005 weit überdurchschnittliche Reformaktivitäten attestiert.
- 4 Zu einer ausführlichen Diskussion und Kritik der Geldpolitik der EZB vgl. Hein/ Truger (2007b).
- 5 Als Trend-BIP für den gesamten Zeitraum nehmen wir die durchschnittliche Wachstumsrate von 1996 bis 2005. Damit wird insbesondere für Deutschland das Trendwachstum vor allem für den Zeitraum bis 2000 bewusst sehr niedrig angesetzt, um mögliche Verzerrungen durch den Vereinigungsboom auszuschließen.
- 6 Empirische Arbeiten zeigen, dass in kleinen, offenen Volkswirtschaften, wie z. B. Österreich oder in den Niederlanden, eine Umverteilung zugunsten der Profite wegen der damit einhergehenden Verbesserung der preislichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Nachfrage und das Wachstum stimuliert, wohingegen eine solche Umverteilung in mittleren und großen, weniger offenen Volkswirtschaften, wie Deutschland, dem Euroraum und den USA, wegen der Dominanz restriktiver binnenwirtschaftlicher Wirkungen nachfrage- und wachstumsdämpfend wirkt (vgl. z. B. Hein/ Vogel 2007, Stockhammer/ Onaran/ Ederer 2007).